

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Ewald Walterskirchen

Wirtschaft schöpft ihr Potential mittelfristig zunehmend aus

Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2008

Die österreichische Wirtschaft wird bis 2008 mit 2,3% pro Jahr etwas rascher als im EU-Durchschnitt wachsen. Sie schöpft damit ihr Potential zunehmend aus, ohne in ernste Kapazitätsengpässe zu geraten. Die Preise werden deshalb relativ stabil bleiben. Die Wachstumsdynamik dürfte nicht ausreichen, um die Arbeitslosenquote signifikant zu verringern.

Begutachtung: Karl Aigner, Marcus Scheiblecker • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: Josef.Baumgartner@wifo.ac.at, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at, Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at

Die Konjunkturimpulse aus den USA werden auch in Europa im Laufe des Jahres 2004 einen Aufschwung in Gang setzen, der die gesamte Prognoseperiode anhält. Das größte Risiko bildet derzeit der hohe Euro-Kurs – er könnte die Dynamik der europäischen Wirtschaft bremsen.

Das Bruttoinlandsprodukt wird in Österreich 2003 bis 2008 (zu konstanten Preisen von 1995) um 2,3% pro Jahr zunehmen. Das Wachstum fällt damit etwas höher aus als in den Jahren 1997/2003 (+2,1% p. a.).

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wurde in den Jahren 2001 bis 2003 durch die Schwäche der internationalen Konjunktur gebremst. In den kommenden Jahren wird sie angesichts der erwarteten Verbesserung der Weltkonjunktur ihr Wachstumspotential zunehmend ausschöpfen können. Das steigende Arbeitskräfteangebot bietet dafür hinreichend Spielraum.

Einige Faktoren sprechen dafür, dass das mittelfristige Wirtschaftswachstum in Österreich etwas über dem Durchschnitt des Euro-Raums liegt:

- Die Steuerreform wird das Wachstum 2005 um 0,3 Prozentpunkte und bis 2007 weiter um 0,1 Prozentpunkt beschleunigen¹⁾. Die Steuersenkungen werden allerdings das Defizit der öffentlichen Haushalte 2005 auf etwa 1½% des BIP anheben; bis 2008 sollte es aufgrund der anhaltenden Konjunkturbelebung auf ¼% bis ½% des BIP zurückgehen.
- Die EU-Erweiterung wird den Beitrittsländern wirtschaftliche Vorteile bringen (Breuss, 2001). Österreich als wichtiger Handelspartner dieser Länder profitiert davon über den Export in besonderem Maß.
- Die schwache Performance Deutschlands zog die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahren in Mitleidenschaft. Wenn der Wachstumsrückstand Deutschlands wie erwartet kleiner wird, wirkt sich das für Österreich günstig aus.
- Die Entwicklung im Wohnbau, die das Wachstum in den letzten Jahren bremste, wird sich verbessern.
- Die wirtschaftspolitischen Bemühungen, Forschung und Entwicklung in Österreich zu fördern, sollten sich allmählich positiv auswirken.

¹⁾ Die Effekte der Steuerreform 2004 und ihrer Gegenfinanzierung werden hier nicht berücksichtigt, weil sie bereits im Basiszenario (Konjunkturprognose des WIFO vom Dezember 2003) erfasst sind.

- Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit (gemessen an den Lohnstückkosten) wird sich weiter verbessern.
- Das Arbeitskräfteangebot – insbesondere an ausländischen Arbeitskräften – dürfte in den kommenden Jahren weiter kräftig steigen. Das stimuliert mittelfristig die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in traditionellen Branchen (nicht in Zukunftsbereichen wie etwa Informations- und Kommunikationstechnologie und Biotechnologie), vermindert aber gleichzeitig die Chancen auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Der relativ hohe Lebensstandard wird sich in Österreich im internationalen Strukturwettbewerb nur halten bzw. ausbauen lassen, wenn sowohl von öffentlicher als auch privater Seite mehr in die Zukunftsbereiche Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in Informations- und Kommunikationstechnologien investiert wird. Wenn Österreich hier den Rückstand gegenüber den USA und den führenden Staaten Europas verringern kann, wird die Wirtschaft mit großer Wahrscheinlichkeit überdurchschnittlich expandieren. Nach der vorliegenden mittelfristigen Prognose dürfte das BIP 2003 bis 2008 im Euro-Raum zu konstanten Preisen jährlich um 2,1%, in der EU 15 um 2,2% und in Österreich sowie der EU 25 um 2,3% wachsen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse

	Ø 1997/ 2003	Ø 2003/ 2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt								
Real	+ 2,1	+ 2,3	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,4
Nominell	+ 3,5	+ 3,9	+ 2,5	+ 3,2	+ 4,2	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,2
Verbraucherpreise	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten ¹⁾	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2
Unselbstständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
In %								
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,1	4,4	4,5	4,5	4,4	4,4	4,4	4,3
In % der unselbstständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,6	6,8	7,0	7,1	6,9	6,8	6,8	6,6
In % des BIP								
Außenbeitrag	0,4	1,9	1,7	1,9	1,7	1,7	1,9	2,4
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,1	- 0,9	- 0,9	- 0,9	- 1,5	- 1,1	- 0,7	- 0,3
In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,0	8,5	7,9	8,3	9,1	8,9	8,4	7,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – ²⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – ³⁾ Laut Eurostat (Mikrozensus). – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktservice.

Auch im letzten Jahrzehnt wurde für Österreich infolge der Ostöffnung und des EU-Beitritts eine überdurchschnittliche Wachstumsrate erwartet, seit 1995 erreichte die BIP-Steigerung aber lediglich den Durchschnitt der EU-Länder. Bezogen auf das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten verringerte sich der Einkommensvorsprung seit 2000 infolge der hohen Zuwanderung etwas²⁾. In den Prognosen und Simulationsrechnungen war die Entwicklung in Deutschland bedeutend günstiger angenommen worden, als sie tatsächlich eingetreten ist. Berücksichtigt man diesen Effekt ex post, so ergeben sich für Österreich nach wie vor positive Integrationseffekte (Breuss, 2003).

Die Wachstumsdynamik reicht in Österreich nicht aus, um die Arbeitslosenquote in den nächsten Jahren spürbar zu verringern, zumal das Angebot an ausländischen

²⁾ Nach ersten vorläufigen Berechnungen der EU lag das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten in Österreich 2000 um 14,7% über dem EU-Durchschnitt, 2003 um 11%; 2004 und 2005 beträgt der Abstand laut Prognose +10%.

Arbeitskräfte kräftig steigt. Auch am Ende des Prognosezeitraums (2008) liegt die Arbeitslosenquote bei 4,3% (bzw. 6,6% nach nationaler Definition). Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit dämpft weiterhin die Lohn- und Preissteigerungen. Von den Rohstoff- und den Energiepreisen sind in einer frühen Phase des internationalen Konjunkturaufschwungs keine preistreibenden Effekte zu erwarten. Auch nachfrageseitig ist kaum ein Preisauftrieb gegeben, da im Prognosezeitraum die "Outputlücke" (definiert als Abweichung des tatsächlichen vom potentiellen Output) niedrig bleibt. Die Inflationsrate dürfte deshalb in der Prognoseperiode zwischen 1% und 1½% pendeln.

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft wurde mit dem WIFO-Makromodell erstellt und baut auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom Dezember 2003 auf. Im Gegensatz zur Dezember-Prognose berücksichtigt sie die Auswirkungen der Steuerreform 2005. Die Annahmen zur internationalen Konjunktur werden von Stephan Schulmeister (in diesem Heft) ausführlich dargestellt. An dieser Stelle sollen nur die für die Österreich-Prognose wichtigsten Entwicklungen kurz umrissen werden.

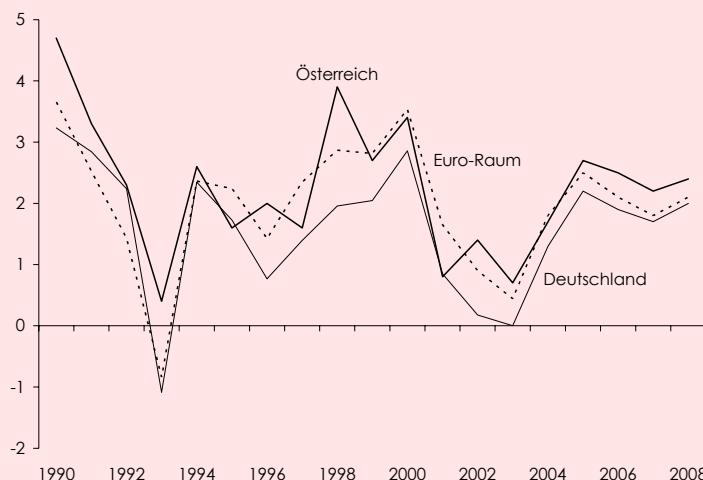
Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 1997/ 2003	Ø 2003/ 2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt, real								
USA	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,0
EU 15	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,3
Euro-Raum	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,1
Deutschland	+ 1,3	+ 1,8	± 0,0	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,0
EU-Beitrittsländer	+ 3,1	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,3
Dollar je ECU bzw. Euro								
Wechselkurs	1,01	1,12	1,13	1,16	1,14	1,12	1,10	1,08
In %								
Zinssätze								
Sekundärmarktrendite	4,8	4,3	4,1	4,0	4,5	4,3	4,3	4,5
Dreimonatssatz (EURIBOR)	3,5	2,6	2,3	2,0	3,0	2,5	2,5	3,0

Q: EU, OECD, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: EU, OECD, WIFO-Berechnungen.

Die außenwirtschaftlichen Impulse werden sich in den nächsten Jahren verstärken. In den USA zieht die Konjunktur deutlich an. In Europa haben sich die Erwartungen

zwar ebenfalls stark verbessert, die Dynamik wird aber auch in den kommenden fünf Jahren geringer sein als in den USA: Sowohl die Produktivitätssteigerung als auch die Arbeitskräfteexpansion bleiben im Euro-Raum hinter den USA zurück. Der hohe Euro-Kurs bildet einen weiteren dämpfenden Faktor.

Deutschland – der wichtigste Handelspartner Österreichs – wies in den letzten Jahren ein bedeutend geringeres Wirtschaftswachstum auf als der Euro-Raum. Der Hauptgrund lag im Einbruch der Bauwirtschaft, der Verunsicherung der Konsumenten und Investoren durch die anstehenden Reformen im Sozialsystem und in der Attraktivität alternativer Standorte (Übersicht 3). Die Exporte – sie gelten als Indikator der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – entwickelten sich in Deutschland günstiger als im Euro-Raum. Ohne den positiven Außenbeitrag hätte das BIP in den letzten sechs Jahren stagniert, tatsächlich wuchs es um 1 1/4% pro Jahr. Die Investitionstätigkeit und mehr noch die Bautätigkeit blieben hinter dem europäischen Durchschnitt zurück. Dazu trug auch bei, dass die Realzinsen in Deutschland als "Niedriginflationsland" hoch waren, während die südeuropäischen Länder von niedrigen Realzinsen profitierten. Der einheitliche Währungsraum begünstigte also die Exporte der Länder mit niedriger Inflation, beeinträchtigte aber die Bautätigkeit und die Investitionsbereitschaft. In den Jahren 2003 bis 2008 wird die Wachstumsdynamik in Deutschland nur mehr geringfügig hinter jener im Euro-Raum zurückbleiben.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage im internationalen Vergleich

1997/2003

	Österreich	Euro-Raum	Deutschland
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
Konsumausgaben			
Private Haushalte ¹⁾	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,3
Staat	+ 0,8	+ 2,1	+ 1,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,6	+ 2,1	- 0,8
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,0	+ 3,3	+ 1,9
Bauten	+ 0,5	+ 1,0	- 2,7
Exporte	+ 7,0	+ 4,9	+ 6,0
Importe	+ 5,9	+ 5,3	+ 4,8
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,3

Q: EU, OECD, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen.

Auswirkungen der EU-Erweiterung

Die EU-Erweiterung im Mai 2004 wird auf mittlere Sicht das Wirtschaftswachstum in den Beitrittsländern beschleunigen. Direktinvestitionen in diesen Ländern werden weniger risikoreich, und Mittel aus den EU-Strukturfonds werden beim Aufbau der Volkswirtschaften hilfreich sein. Der zunehmende Konkurrenzdruck in allen Wirtschaftsbereichen und die Intensivierung des Außenhandels werden überdies den Produktivitätsfortschritt beschleunigen (Breuss, 2001). Eine zu frühe Teilnahme der neuen EU-Länder an der Währungsunion könnte den Aufholprozess jedoch behindern, da die Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf Wechselkursanpassungen angewiesen ist (Fidrmuc, 2003). Andererseits wird ihre Fiskal- und Geldpolitik spekulative Wechselkursschwankungen hintanhalten.

Vom erwarteten verstärkten Wachstum der Beitrittsländer wird Österreich besonders profitieren, weil es enge wirtschaftliche Beziehungen zu diesen Ländern unterhält. Die kurzfristigen Wachstumseffekte dürfen aber nicht überschätzt werden. Österreich erwartet Anpassungsprobleme in den Grenzregionen, der Landwirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt; mittelfristig sollten aus der EU-Erweiterung jedoch Nettovorteile für Österreich resultieren. Der Aufholprozess der Beitrittsländer ist eine relativ kontinuierliche langfristige Entwicklung. Die durch die EU-Erweiterung bedingten Reaktionen auf dem Arbeitsmarkt werden großteils erst nach dem Ende der Übergangsfristen eintreten (Mayerhofer – Palme, 2002).

Die Entwicklung der Wirtschaft in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern ist maßgeblich durch jene in Westeuropa bestimmt: Mehr als 70% der Exporte werden in die EU 15 geliefert. Die erwartete Wachstumsbeschleunigung in der EU sollte deshalb auch den Beitrittsländern zusätzlichen Auftrieb geben.

Mittelfristige Wachstumsprognose für Österreich

Die österreichische Wirtschaft wird von der Erholung der Nachfrage der wichtigsten Handelspartner begünstigt sein, denn die heimischen Exportunternehmen verfügen aufgrund einer mäßigen Entwicklung der Lohnstückkosten über eine hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Die realen Exporte steigen in den Jahren 2003 bis 2008 voraussichtlich um fast 6% pro Jahr. Die Ausweitung der Warenexporte zieht erfahrungsgemäß eine Erholung der Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und immaterielle Wirtschaftsgüter nach sich. Die dadurch initiierte Steigerung der verfügbaren Realeinkommen gibt dann dem privaten Konsum Impulse. Dieser wird 2003 bis 2008 um 2½% pro Jahr ausgeweitet. Gleichzeitig erhöht sich die Sparquote von ihrem historischen Tief. In der Bauwirtschaft ist davon auszugehen, dass auf mittlere Sicht die Nachfrage nach Wohnungen wieder etwas zunimmt und der Tiefpunkt der letzten Jahre überwunden wird.

Übersicht 4: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 1997/ 2003	Ø 2003/ 2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Jährliche Veränderung in %								
Konsumausgaben								
Private Haushalte ¹⁾	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,8	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,3
Staat	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	± 0,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,6	+ 3,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 4,5	+ 4,3	+ 3,3	+ 3,1
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,0	+ 5,3	+ 3,5	+ 4,0	+ 7,2	+ 6,6	+ 4,5	+ 4,1
Bauten	+ 0,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,3
Exporte	+ 7,0	+ 5,8	+ 1,0	+ 4,8	+ 6,3	+ 6,0	+ 5,5	+ 6,5
Importe	+ 5,9	+ 6,1	+ 2,4	+ 4,7	+ 6,9	+ 6,6	+ 5,9	+ 6,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,1	+ 2,3	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen.

Die mittelfristige Wachstumsprognose für Österreich wird entscheidend von der Wirtschaftsentwicklung im EU-Raum bestimmt. Die Unsicherheiten des europäischen Konjunkturverlaufs sind damit auch für Österreich zentral. Das größte Risiko für den Euro-Raum liegt wie erwähnt im starken Anstieg des Euro-Kurses.

Gemäß den Erfahrungen der letzten zehn Jahre wächst die Wirtschaft in jenen Ländern über dem OECD- bzw. EU-Durchschnitt, in denen

- hohe Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien, Forschung und Entwicklung sowie Bildung getätigt werden (USA, Finnland, Schweden; siehe Aigner, 2003),
- die Immobilienpreise eine Boomphase durchlaufen, die die Bauwirtschaft und den privaten Konsum befähigt und einen Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte begünstigt (USA, Großbritannien, Skandinavien; siehe Marterbauer – Walterskirchen, 2003),
- die Wirtschaftspolitik expansiv wirkt, z. B. durch massive Steuer- oder Zinssenkungen (USA),
- ein reichliches Arbeitskräfteangebot zur Verfügung steht, sei es aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung oder durch Zuwanderung (USA).

Wie eingangs bereits ausgeführt, kann für Österreich in den kommenden Jahren ein leicht überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum angenommen werden. Die Steuerreform, die EU-Erweiterung und zu erwartende immaterielle Investitionen in Zukunftsbereiche sollten dazu beitragen.

Im Zuge der Prognoseerstellung wurde – obwohl Details zur Steuerreform 2005 derzeit noch nicht bekannt sind – versucht, deren makroökonomische Wirkungen grob zu schätzen; eine umfassende Analyse ist erst nach Vorliegen der genauen Ausgestaltung möglich. Nach Berechnungen mit dem WIFO-Makromodell dürfte die 2005 in Kraft tretende zweite Etappe der Steuerreform³⁾ das BIP bis 2007 kumuliert um rund

Effekte der Steuerreform

³⁾ Die Effekte der Steuerreform 2004 und ihrer Gegenfinanzierung sind bereits im Basisszenario enthalten.

0,4% erhöhen; der Haupteffekt (+0,3%) ist im Jahr des Inkrafttretens zu erwarten (Aigner – Kramer – Schratzenstaller, 2004). Selbst wenn die Steuerreform teilweise durch Ausgabenkürzungen begleitet wird, sollten von der heimischen Fiskalpolitik stärkere Wirkungen auf das Wachstum ausgehen als von der Politik jener europäischen Länder, die wegen eines hohen Defizits größeren Konsolidierungsbedarf haben (insbesondere Deutschland und Frankreich).

Nach der vorliegenden Prognose, die mit jener des Finanzministeriums im Stabilitätsprogramm (Bundesministerium für Finanzen, 2003) ausgabenseitig weitgehend übereinstimmt, wird das Defizit aller öffentlichen Haushalte infolge der Steuerreform im Jahr 2005 auf 1,5% des BIP steigen und danach bis 2008 auf 0,3% zurückgehen⁴⁾. Das Defizit des Bundes wird 2005 deutlich über der 2%-Marke liegen, die Überschüsse der Länder und Gemeinden drücken den Finanzierungssaldo des Staates jedoch auf etwa 1½% des BIP. Im Durchschnitt der Periode 2003 bis 2008 wird es rund 1% des BIP betragen; es weicht damit allerdings vom Ziel eines über den Konjunkturzyklus ausglichenen Haushalts signifikant ab.

Übersicht 5: Staat								
	Ø 1997/ 2003	Ø 2003/ 2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Jährliche Veränderung in %								
Laufende Einnahmen	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,0	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,1
Laufende Ausgaben	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,2
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,5	+ 3,9	+ 2,5	+ 3,2	+ 4,2	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,2
In % des BIP								
Finanzierungssaldo laut Maastricht-Definition	– 1,1	– 0,9	– 0,9	– 0,9	– 1,5	– 1,1	– 0,7	– 0,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Durch Auslagerung defizitärer Bereiche aus den öffentlichen Haushalten, Leasing-Finanzierung von Investitionen, Verlagerung der Wohnbauförderung von Annuitätenzuschüssen zu Darlehen usw. wurde das Defizit aller öffentlichen Haushalte seit Mitte der neunziger Jahre beträchtlich verringert⁵⁾. Längerfristig haben diese Verlagerungen im Bereich der Gebietskörperschaften (insbesondere die Leasing-Finanzierung) jedoch Belastungen zur Folge. Die Nachhaltigkeit der bisherigen Konsolidierungsfortschritte muss deshalb mittelfristig noch besser abgesichert werden. Sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite des Staatshaushalts sind eine Reihe von Strukturproblemen zu erkennen, die ohne weitere Reformmaßnahmen die Situation des Staatshaushalts wieder verschlechtern bzw. die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen könnten.

Eine wesentliche Herausforderung bedeutet die vor dem Hintergrund zu niedriger Erwerbsbeteiligung ungünstige Struktur des Abgabenaufkommens, die durch hohe Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsummenabgaben charakterisiert ist.

Langfristig sollte die Budgetpolitik einen Spielraum schaffen für antizyklische Maßnahmen in der nächsten Rezession und für Aufgaben der Pensionssicherung und Gesundheitspolitik, die aufgrund der demographischen Entwicklung zwischen 2010 und 2030 zu bewältigen sein werden.

Arbeitslosigkeit geht kaum zurück

Die Entwicklung der Beschäftigung wird entscheidend vom Wirtschaftswachstum geprägt. Bei einem durchschnittlichen BIP-Zuwachs von 2,3% pro Jahr ist mit einer Beschäftigungsausweitung um etwa 30.000 Personen bzw. 1% pro Jahr zu rechnen. Ein beträchtlicher Teil davon entfällt allerdings wie in der Vergangenheit auf Teilzeitstellen. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes setzt sich fort. Auf mittlere Sicht wird der

⁴⁾ Während sich die Einnahmenentwicklung bei gegebenen Steuersätzen im Wesentlichen aus dem Modell endogen ergibt, wurden für die Ausgabenseite exogene Annahmen getroffen, die sich am Stabilitätsprogramm orientieren.

⁵⁾ Der Anteil der öffentlichen Investitionen ging vor allem durch Auslagerungen von 3% des BIP im Jahr 1995 auf 1,3% zurück.

Großteil der zusätzlichen Stellen in den unternehmensnahen Diensten, im Gesundheits- und Pflegewesen sowie in anderen privaten Dienstleistungen angeboten.

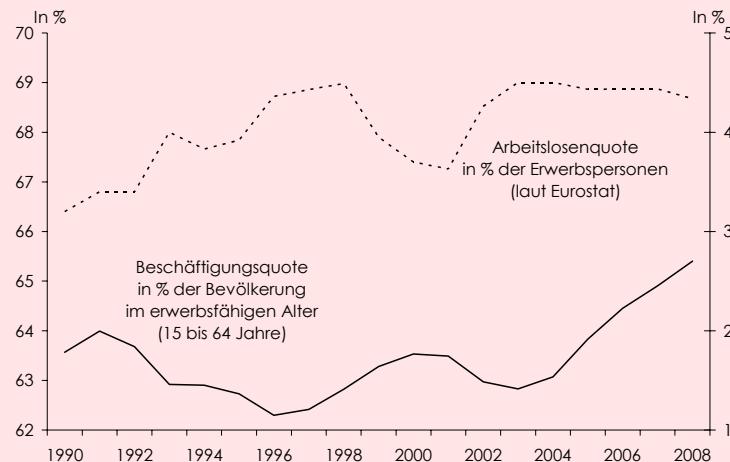
Besonderes Augenmerk ist mittelfristig der Entwicklung der Produktivität zu schenken. In den kommenden fünf Jahren wird das reale BIP je Beschäftigten wie im Zeitraum 1997/2003 um 1,2% p. a. steigen. Die Zunahme der geringfügigen und Teilzeitbeschäftigung dämpft den Produktivitätsfortschritt, die Stundenproduktivität nimmt deutlich stärker zu.

Übersicht 6: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1997/ 2003	Ø 2003/ 2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	Jährliche Veränderung in %							
Unselbstständig Beschäftigte	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,1
Summe Wirtschaftsklassen ¹⁾	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Arbeitslose	+ 0,5	- 0,3	+ 3,2	+ 1,5	- 1,6	+ 0,3	+ 0,4	- 1,9
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen ²⁾	4,1	4,4	4,5	4,5	4,4	4,4	4,4	4,3
In % der unselbstständigen Erwerbspersonen ³⁾	6,6	6,8	7,0	7,1	6,9	6,8	6,8	6,6
Arbeitsproduktivität ⁴⁾	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1
Lohn- und Gehaltssumme ⁵⁾	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,5
Je Beschäftigten ⁶⁾	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2
Lohnstückkosten								
Gesamtwirtschaft	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. –
1) Ohne Bezug von Karez- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – 2) Laut Eurostat (Mikroensus). – 3) Laut Arbeitsmarktservice. – 4) BIP real je unselbstständig Beschäftigten (Beschäftigungsverhältnisse laut VGR). – 5) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 6) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

Abbildung 2: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: WIFO-Berechnungen.

Der Anstieg der Beschäftigung wird aber nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte nur leicht von 240.000 im Jahr 2003 auf 237.000 im Jahr 2008 zurückgehen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,6% der unselbstständigen Erwerbspersonen bzw. 4,3% der Erwerbspersonen laut Eurostat im Jahr 2008. Die Arbeitslosigkeit erweist sich vor allem deshalb als so hartnäckig, weil das Arbeitskräfteangebot kräftig zunimmt (ausländische Arbeitskräfte, Anhebung des Frühpensionsalters, prozyklische Veränderungen des inländischen Arbeitskräfteangebotes) und Arbeitslose überwiegend Vollzeitarbeitsplätze suchen. Die mittelfristige Prognose der Arbeitslosigkeit ist jedoch mit besonderer Unsicherheit behaftet, da einander die Veränderungen über mehrere Jahre kumulieren und

Überdies die Arbeitslosigkeit stark durch institutionelle Einflüsse (Schulungen usw.) bestimmt wird.

Die in den letzten Jahren hohe Nettozuwanderung von ausländischen Arbeitskräften hält an. Sie verschiebt die demographische Wende weiter in die Zukunft und schwächt sie tendenziell ab. Die überwiegend jungen Zuwanderer erhöhen nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auf längere Sicht auch die Zahl der Geburten. Die langfristigen Bevölkerungs- und Beschäftigungsprognosen, die als Grundlage für die Pensionsfinanzierung und die Knappheit an Fachkräften dienen, werden dadurch nachhaltig beeinflusst. Die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung hängt stark von politischen Entscheidungen (Liberalisierung, Übergangsfristen) ab. Wie in den letzten Jahren wird ein beträchtlicher Teil des Zuwachses an ausländischen Arbeitskräften aus dem Potential jener Ausländer stammen, die schon eine Aufenthaltsbewilligung, aber keine Arbeitserlaubnis in Österreich haben (Biffl – Bock-Schappelwein, 2003).

Da das Ausbildungsniveau der ausländischen Arbeitskräfte und der älteren Arbeitnehmer meist niedriger ist als jenes der Jugendlichen, werden Ausbildung und lebensbegleitendes Lernen immer dringlicher, will Österreich seinen Vorsprung im Pro-Kopf-Einkommen sichern.

Anhaltende Preisstabilität

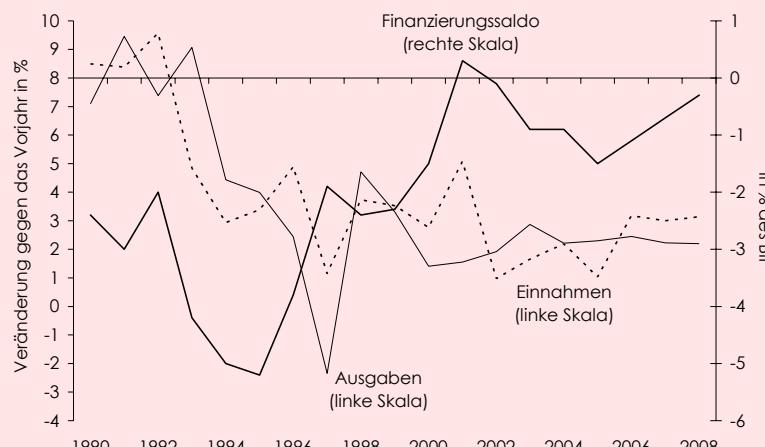
Der Preisauftrieb bleibt im Prognosezeitraum 2003 bis 2008 gering, da in der ersten Phase des Konjunkturaufschwungs noch hinreichende Reserven an Maschinenkapazitäten und Arbeitskräften bestehen. Der tatsächliche Output dürfte auch gegen Ende der Prognoseperiode den potentiellen Output nicht wesentlich übersteigen. Größere Kapazitätsengpässe sind folglich nicht zu befürchten.

Übersicht 7: Preise

	Ø 1997/2003	Ø 2003/2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Jährliche Veränderung in %								
<i>Implizite Preisindizes</i>								
Privater Konsum	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3
Exporte	+ 0,3	+ 1,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,0
Importe	+ 0,1	+ 0,7	- 0,6	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 3: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo (laut Maastricht-Definition) des Staates



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit wird die Lohnrunden weiterhin dämpfen, und starke Energiepreisseigerungen erfolgen nachfragebedingt eher in einer Spätphase des internationalen Konjunkturaufschwungs.

Die Inflationsrate dürfte deshalb bis 2008 unter der 1½%-Marke bleiben – wenn nicht unvorhersehbare Ereignisse auf den internationalen Energie-, Rohstoff- und Finanzmärkten preistreibende Effekte auslösen.

Economic Activity Moving Closer to its Potential in the Medium Term

Projections for the Austrian Economy from 2003 to 2008 – Summary

In the course of 2004, cyclical stimulus from the USA will lead to a recovery also in Europe that should continue over the whole projection period. The major risk derives at present from the high euro exchange rate which may hold back the momentum of the European economy.

Under such external conditions, Austria's GDP, at constant 1995 prices, is expected to expand by 2.3 percent p.a. from 2003 to 2008. Growth should thus exceed somewhat the annual pace of 2.1 percent recorded over the period 1997-2003. From 2001 to 2003, activity in Austria was constrained by cyclical sluggishness abroad. Over the years to come, with the expected improvement in global economic conditions, it should be able to move towards its full potential. Rising labour supply in Austria will provide sufficient scope in this regard.

A number of factors suggest that the medium-term trend of economic growth in Austria will lie somewhat above the average for the euro area:

- The tax reform will boost economic growth by 0.3 percentage points in 2005 and by a further 0.1 percentage point in each of the two subsequent years. While the tax cuts will raise the general government deficit to around 1½ percent of GDP in 2005, the sustained cyclical revival should allow the deficit ratio to abate to between ¼ percent and ½ percent of GDP by 2008.
- EU enlargement will give sizeable benefits to the accession countries. Austria, as a key trading partner of these countries, will take particular advantage from this via its exports.
- Germany's weak economic performance has weighed on Austria over the last years. If Germany, as can be expected, catches up towards the EU average, this will have a positive effect also for the Austrian economy.
- Residential construction, a dampening factor in the last years, is set to recover.
- Efforts undertaken by policy to promote research and development in Austria should start bearing fruit.
- Labour supply, notably of foreign workers, should continue to rise strongly over the next years. While stimulating growth and employment in the traditional sectors of the economy (not in frontier areas such as information, communication and biotechnology), it reduces at the same time the prospects for a decline in unemployment.

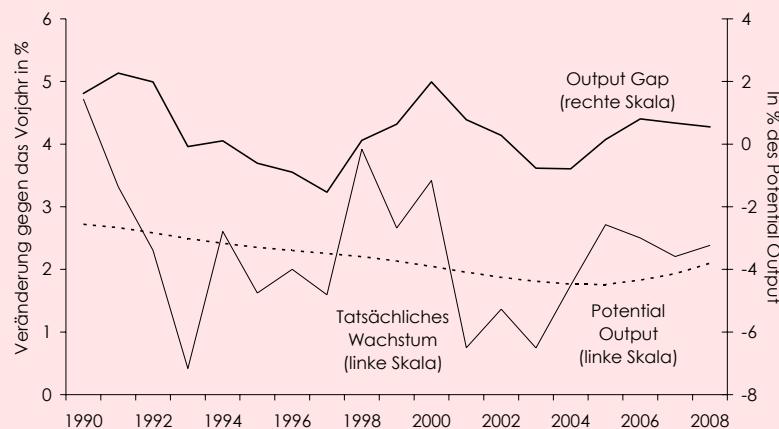
In the face of global competition and structural advance, Austria will be able to maintain or even strengthen its position only if both private agents and public authorities are ready to invest more in education, research and development as well as in information and communication technology.

If Austria succeeds in narrowing the technological gap vis-à-vis the USA and the major players in Europe, chances for an above-average pace of growth are good. The present medium-term projections are for growth of real GDP of 2.1 percent p.a. between 2003 and 2008 for the euro area, 2.2 percent for EU 15, and 2.3 percent for Austria as well as for EU 25.

While also for the last decade the Austrian economy had been expected to grow above-average, on account of accession to the EU and the opening of Eastern Europe, GDP since 1995 rose actually no more than the EU average. In terms of the development of GDP per capita at purchasing power parities, Austria slightly lagged behind, due to the wave of immigration since 2000. One has to bear in mind, however, that the projections and ex-ante simulation exercises had expected economic developments in Germany much more favourable than they actually turned out. Allowing for this effect ex-post, one still obtains a positive impact of EU integration for Austria.

The expected pace of growth in Austria will not allow the rate of unemployment to decline significantly in the next years, since at the same time foreign labour supply will rise strongly. At the end of the projection period (2008), the jobless rate will still amount to 4.3 percent (or 6.6 percent on national definitions). The persistent high unemployment will put a lid on wage and price increases. In the early stages of an international business cycle upswing, no major inflationary impact is to be expected either from raw materials and energy prices. Price stability should be preserved not only from the side of production costs, but also from the demand side as the output gap (defined as the deviation of actual from potential output in percent) will hardly turn positive over the projection period. Thus, the rate of inflation should hover between 1 percent and 1½ percent.

Abbildung 4: Output Gap



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Literaturhinweise

Aigner, K., "A Three Tier Strategy for Successful European Countries in the Nineties", WIFO Working Papers, 2003, (205), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24422.

Aigner, K., Kramer, H., Schratzenstaller, M., Erste Evaluierung der makroökonomischen Effekte der Steuerreform 2004/05, WIFO, Wien, 2004, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24819.

Biffl, G., Bock-Schappelwein, J., Zur Niederlassung von Ausländern in Österreich, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres, Wien, 2003.

Breuss, F., "Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(11), S. 655-666, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20937.

Breuss, F., "Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(7), S. 529-556, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24416.

Bundesministerium für Finanzen, Österreichisches Stabilitätsprogramm, 2. Fortschreibung für die Jahre 2003 bis 2007, Wien, 2003.

Fidrmuc, J., "Optimal Path into the EMU: Big Bang or Gradualism?", in Aigner, K., Hutschenreiter, G. (Hrsg.), Economic Policy Issues for the Next Decade, Kluwer Academic Publishers, Dordrecht, 2003.

Marterbauer, M., Walterskirchen, E., AIECE-Report 2003, Brüssel, Oktober 2003.

Mayerhofer, P., Palme, G., PREPARITY – Teilprojekt 15: Wirtschaftspolitische Empfehlungen auf Basis der Analyseergebnisse, WIFO, Wien, 2002, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21120.